

Bezugs-Preis für Halle u. Umgebungen 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt sich wesentlich in erster Ausgabe vorwiegend 1 1/2 M., in zweiter Ausgabe 1 M. 5 Pf. Fernverbreitungspreis mit Berlin u. Leipzig halbjährlich 4 M. 15 Pf.

Erste Ausgabe.

Hallische Zeitung

Angelaufen-Geladen für die halbjährliche Zeit oder deren Raum für Halle u. Umgebungen 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt sich wesentlich in erster Ausgabe vorwiegend 1 1/2 M., in zweiter Ausgabe 1 M. 5 Pf. Fernverbreitungspreis mit Berlin u. Leipzig halbjährlich 4 M. 15 Pf.

verm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 67.

Halle, Freitag 20. März 1891.

183. Jahrgang.

Halle, den 19. März.

Die österreichische Valutaregulierung und der Bimetallismus.

Die Jahre sind nunmehr verflohen, seitdem die Frage der Valutaregulierung in Oesterreich-Ungarn in den Vordergrund getreten ist. Obwohl von dem Zeitpunkte des Aufstehens dieser Frage die Chancen sowohl, wie auch die Art der Durchführung von den verschiedensten Seiten bestritten wurden; obwohl bereits im Anfang des vorigen Jahres mit aller Bestimmtheit verlautete, daß die Minister Oesterreichs und Ungarns über die Grundlage der Valutaregulierung bereits vollständig im Klaren wären, so ist zum Beginn des Jahres 1891 dennoch nichts weiter als die Thatsache zu verzeichnen, es liege in der Absicht der beiden Finanzministerien, zur Vorbereitung der Valutaregulierung über die dahin gehörenden wichtigeren Fragen eine umfassende Enquete in Wien und Pest zu veranstalten.

Der langsame Gang dieser Angelegenheit hat offenbar seinen Grund darin, daß man trotz aller Jüherlichkeit, die in Betreff des Gelingens der Valutaregulierung zur Schau getragen wird, in den beiden Theilen der Monarchie, in Oesterreich und Ungarn, über einen gleichmäÙigen Modus procedendi noch nicht einig geworden ist. Das ist allerdings auch sehr berechtigt, da die Interessen beider Reichshälften keineswegs identisch sind, da in Oesterreich nämlich in mehr hervorragender Weise die industriellen, in Ungarn dagegen mehr die landwirthschaftlichen Interessen zur Geltung kommen wollen. Ungarn hat an der Verbesserung seiner Valuta in Hinsicht auf den Export des Getreides keineswegs daselbe Interesse, wie Oesterreich, noch weniger in Folge des Fortschrittes seiner Industrie begrifflichweise die Schaffung einer gleichwertigen Valuta mit anderen kontinentalen Staaten anstrebt. Aber auch über die Frage der Durchführung des Regulierungsunternehmens ist man bekanntlich nicht einig. In der freisinnigen Presse und in freisinnigen Kreisen neigt man sich allerdings der Ansicht zu, daß die Regelung der Valuta in einem Uebergange zur Goldwährung zu bestehen habe, und daß dieser Uebergang leichter zu bewerkstelligen sei würde, wenn das Solvagio einen weit höheren Stand hätte, als dies gegenwärtig der Fall ist. Diese Anschauung ist jessam genug, denn unser Erzeugnis müÙte doch jeder österrcich-ungarische Patriot den schärfsten Wunsch haben, daß durch fortgesetzte Entwidlung des Landes, durch die Verbesserung seiner Geldverhältnisse allmählich das Solvagio der Landeswährung und dem Golde verschwinde. Die entgegengelegte Ansicht würde zu der fonderbaren Thatsache führen, daß je mehr die ungewöhnlichen Verhältnisse in der Entwidlung der Landeswährung zum Vorschein kämen, desto mehr das Land geeignet ersäme, die Regelung seiner Valuta vorzunehmen, was doch offenbar allen volkswirthschaftlichen Uebertreibungen widerstrebe. Die Goldwährungsvertreter möchten in Oesterreich-Ungarn einen je tieferen Kurs des Silbers und resp. der Währung als Grundlage annehmen und es durchsetzen, daß man in Zukunft den österrcich-silberhaltigen oder Papiergeld mit dem möglichst niedrig gestellten Theil eines Solvagio bereide. Dieser Traum der Regulierungsweisen geht offenbar auf eine Reaction des Zinsfußes für die in Papier und Silber zahlbaren Anleihen hinaus, gleich aber der Valutaregulierung einen sehr unangenehmen Belegsmach. Will man die Goldwährung, so muß man auch deren Konsequenzen kennen, und diese bestehen darin, daß man ohne Rücksicht die Erhaltung abgibt, die Bohlung, welche bisher in Papier oder Silber geteilt worden, werde nun an in Gold geleistet. Alle anderen Arten der Durchführung wären eben nicht was begreiflich unter dem Uebergang zur Goldwährung verstanden werden müÙte.

Wenn man nun alle die Schwierigkeiten, welche in der Berücksichtigung der wirthschaftlichen Lage Oesterreichs und Ungarns, sowie in der Art der Einführung einer neuen Goldwährung gelegen sind, einer objektiven Prüfung unterzieht, so muß man es geradezu unbegreiflich finden, daß man in Oesterreich-Ungarn nicht mehr, als dies bereits geschehen, sich der bimetallistischen Strömung angeschlossen hat. Gerade in dem Abschlusse internationaler Verträge zur Regelung des Verhältnisses von Gold zu Silber würde unser Erzeugnis alle jene Schwierigkeiten leicht überwinden werden können, welche der Herstellung einer tieferen Spannkraft unterworfenen Valuta in Oesterreich-Ungarn bisher noch entgegenstehen.

Politische und vermischte Nachrichten.

Der Kaiser forzierte gestern Vormittag mit dem Reichskanzler und arbeitete mit dem Chef des Zivilkabinetts. Später vor 12 Uhr begab sich der Monarch zu Wagen nach Spandau und wohnte den dortigen Schießungen bei. Um 3 Uhr Nachmittags kehrte der Kaiser nach Berlin zurück.

Aus Gesteinmilde wird jetzt plötzlich gemeldet: Die nationalliberalen Blätter hierseits melden aus angeblich besser Quelle, die Kandidatur des Fürsten Bismarck werde in der nationalliberalen Fraktion in Berlin jetzt begünstigt und unterstützt. — In einer Zuschrift an dortige Zeitung erklärt sich Dr. Waltemath bereit, die ihm angebotene freisinnige Kandidatur im 19. Wahlkreise anzunehmen. Nach der „Nat.-Ztg.“ wäre Dr. Waltemath als einziger Kandidat einer Anzahl nationalliberaler und

denklichfreisinniger Wähler aufgestellt. Wie das genannte Blatt erklärt, wird das nationalliberale Centralwahlkomitee irgendwelche Kandidatur gegen die von dem Lokalwahlkomitee aufgestellte Kandidatur des Fürsten Bismarck in keiner Weise unterstützen.

Die „Nat.-Ztg.“ veröffentlicht eine **Zuschrift aus dem Provinz Sachsen**, worin darüber Klage geführt wird, daß das Reichstagspräsidium die Vertheilung der Requisitionen des Evangelischen Bundes an die Reichstags-Mitglieder nicht genehmigt habe. Auf eine Bitte um Auskunft über die Gründe dieser Verweigerung habe das Präsidium geantwortet: „Nach den seit langen Jahren bestehenden Geschäftsregeln ist die Vertheilung mit Gründen solcher Allokationen ausgeschlossen und behauert ich sehr, auch hier eine Ausnahme von der stets angewandten Regel nicht machen zu können.“ Unterzeichnet ist der Vorsteher von dem ersten Vize-Präsidenten Grafen Ballestrem.

Ein Drahtbericht aus Wilhelmshafen meldet uns: Zum Kommandeur der afrikanischen Schulpuppe ist Ober-Regel ernannt.

Der neue Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths, Herr Geh. Rath Dr. Barthhausen wird, dem Bescheide der „Nat.-Ztg.“ nach, nächsten Sonntag, den 21. d., in sein neues Amt eingeführt werden. Daneben wird er aber noch die Geschäfte des Unterrichtsverwalter in Potsdamministerien weiter versehen. Man nimmt an, daß die letztere Stelle erst im Laufe des nächsten Monats wieder beletzt werden wird, da eine bestimmte Verantwortlichkeit dafür noch nicht im Auge gefaßt ist. Der neue Kultusminister wird wahrscheinlich sich erst in die Geschäfte einzufinden. Wenn Herr v. Döll u. e. für den Vizepräsidenten des Unterrichtssekretärs ernannt wurde, so kann das daher, daß er einige Zeit als Oberpräsident in Stolten mit dem Grafen von Seibitz-Teufelberg zusammengeerbtet hat, und aus diesem Grunde das Amt beider Vizepräsidenten zu erledigen ist, worin die Unterthatssekretäre ernannt Anfang December 1890 vorzuziehen. An der Stellung des Oberkirchenraths-Präsidenten hätte ganz früher eine nicht unwesentliche Minderung einzutreten. Schon das ist bemerkenswert, daß der neue Präsident selbst bei seiner Ernennung zum Reichs-Rath mit dem Kaiserlichen Exzellenz ernannt wurde. Er wird, wie nach dem genannten Blatt verlautet, den unmittelbaren Vortrag beim Kaiser erhalten, wie ihn ja auch der Kultusminister als oberste Kircheninstanz der neuen Provinzen besitzt.

Die **Reichstagskommission** hielt im alten Reichstags-Gebäude abends eine Sitzung ab, am an der Hand einer großen Anzahl von Zeichnungen, Plänen und Entwürfen über die innere Ausgestaltung des Reichstagsgebäudes zu entscheiden. Es handelte sich um die wichtige Frage, ob die große Wandelhalle in einem Stofe, d. i. in einem Kalkstein oder in Sand und Gyps ausgeführt werden soll. Bei der Abstimmung ergab sich einmüthig die Entscheidung, daß die Wandfläche der gegen die Ausführung in einem Material erklärten, das Eingetragene ist, daß Sand und Gips in Anwendung gebracht werden. Bestimmend für diesen außerordentlich bedeutungsvollen Beschluß war ebenfalls das Aeußere, daß die Ausführung in Kalkstein die Ausführung in Sandstein gegenüber dem Vorgehen der Arbeiter in Aussicht genommenen Erdarbeiten, nämlich das Jahr 1894, hinaus erforderlich würde. Damit ist also entschieden, daß der größte Schmuckraum des Gebäudes, welches bestimmt ist, die Sitzungen des Reichstages gleichsam zu verkörpern, weiterhin in vornehmlicher Schönheit sich darstellen wird. Offenlich wird der Reichstag die Weisheit der Kommission mittheilen.

Der **Reichs-Vizepräsident** hat sich nach dem weitläufigen Besuche in den Provinzen, den er nachher die beiden letzten Vertheilungen und den Mitgliedern der künftigen Familie wieder verabschiedet und gestern früh Berlin wieder verließ und sich nach Kiel zurückbegeben. Bei der Abreise gab er der Provinz und die Provinzialen von Sachsen-Meiningen den besten bis zum Bahnhof das Geleit.

Der **Großherzog** und die **Großherzogin von Baden** werden voraussichtlich noch bis zum nächsten Montage zum Besuche in Berlin verbleiben und dann nach Karlsruhe zurückkehren.

Der **zweite Vizepräsident des Abgeordnetenshauses** und **Senior der nationalliberalen Partei** im Reichstag und Abgeordnetenshaus, Herr von Henckell, beging im Streife seiner Familie die Feier der silbernen Hochzeit. Die nationalliberalen Fraktionen übermittelten dem Jubilar und seiner Gemahlin ihre Glückwünsche und Blumenpenden. Vom Kaiser erhielt er laut „N.-Z.“ dessen große Wüste mit einem überaus herzlichen Handgriffe.

Der **Kultusminister Graf von Seibitz-Teufelberg** kehrte gestern nach Berlin von Rosen zurück und wird heute in aller Form die Leitung des Ministeriums übernehmen.

Die **Subkommission des Abgeordnetenshauses** hat in ihrer letzten Sitzung über den Berliner Plan zu beraten. Nach den Erklärungen zum Etat wird ein Projekt ausgearbeitet, nach welchem die Errichtung eines würdigen evangelischen Gotteshauses und einer Verkündung für 10 Mill. Mark in Aussicht genommen. Zur Durchführung der Ausführung der Angelegenheit wird dem Reichstag ein Entwurf einer Interimsfrist zur Überführung der sächsischen Säge und zum Abbruch des alten Domes bereit gestellt werden. Im Etat 1890/91 war der Betrag von 600,000 M. zu veranschlagen zum Neubau eines Domes und einer Ersatz für das heutige Gotteshaus bestimmt worden. Von diesem Betrag sind noch 480,000 M. verbleibend, und für diesen Betrag wurde die Erweiterung der Zweckbestimmung beantragt. Die Kommission lebte inebendem einmüthig die Erweiterung dieser Zweckbestimmung ab, um sich nicht für unüberlegbar weitere Pläne zu verpflichten.

Gerüchte über angebliche Ministerkrise werden von Berlin jetzt energisch deminirt und insbesondere kategorisch erklärt: daß alle noch bis in die letzten Tage hineinreichenden Gerüchte über eine Erschütterung der Stellung des Herrn von Bötticher jeder Begründung entbehren. Weder ist an den Rücktritt, noch an eine Veränderung in der amtlichen Stellung Böttichers zu denken.

Die **Wiener „Polit. Korrespondenz“** schreibt: Angehts der in letzter Zeit in den verschiedensten Journalen enthaltenen Mittheilungen über den damaligen Stand der Verhandlungen bezüglich des Abschlusses eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland werden wir von kompetenter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß, nachdem

die beteiligten Regierungen, sowie die Delegierten derselben seit Beginn der Verhandlungen die absolute Geheimhaltung angefangen haben, alle förmlichen Mittheilungen, wie sie sich speziel auch in den heutigen Wiener Blättern vorfinden, notwendigerweise bloß auf Kombinationen beruhen und daher nur mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß in der Situation der Verhandlungen keine wesentliche Veränderung eingetreten ist und die Hoffnung auf das Zustandekommen des Vertrages fortwährend aufrecht erhalten wird.

Der **Korrespondent D. Ängel** wird, wie die „N.-Ztg.“ hört, erst kurz vor Ablauf seines Urlaubes wieder nach Berlin zurückkehren.

Durch **Ministerialverfügung** veranlaßt, haben die Bezirksamte der Magistrat der Städte mit 2000 bis 10000 Einwohnern angefordert, binnen Kurzem das **Wohnungsgehalt der Volksschüler** auf 1000 M. zu erhöhen und denselben außerdem Wohnungs- und Heizungszuschüßigung zu gewähren. Das bedeutet für viele Stellen eine wesentliche Verbesserung; der Erlaß spricht dafür, daß man höheren Orts selbst das Zustandekommen des Unterrichtsgesetzes stark bezweifelt.

Ans Hünden wird gemeldet: In Befürchtung abermaliger Verbesserungen durch die Konnenanz warf die Fortbewahrung für Schutzvorrichtungen in den Staatsforsten 1400000 Mark aus.

Ans Wittenberg-Schwerin wird geschrieben: Von Schwerin aus ist dieser Tage ein Schreiben des Großherzogs durch die einheimische Presse verbreitet worden, welches derselbe von der Riviera aus schon vor einem Jahre „an einen ihm schon von Jugend an bekannten Unterthanen“ gerichtet hat. Der Großherzog macht in demselben Mittheilung von seiner bevorstehenden längeren Seereise, welche ihn von den Bergen vorüber, bei und fährt dann fort: „Sie können sich denken, wie juchbar ich war bei dieser Entschluß geworden ist, denn nun ist an eine Rückkehr nach Wittenberg für dieses Jahr nicht zu denken. Aber es ist mir so klar, daß ich in meinem jetzigen Gesundheitszustand etwas Grundliches thun muß, um nicht ganz der Krankheit zum Opfer zu fallen, und daß ich ohne eine solche Kur diesen Sommer zu Hause ein kleines Dasein führen würde. Alle, die mich kennen, werden meine Entschluß verstehen. Und solche können mir meinen schweren Entschluß wesentlich erleichtern, wenn sie dafür sorgen, daß meine Gefährte bekannt, daß meine Gefährten richtig verstanden werden — besonders, wenn sie den Uebelwollenden und Unverschämten, welche meine Absicht nicht vollständig und unmissverständlich mittheilen, energisch entgegenstellen.“

Ein **Vertrag** der **Gemeindekommission** des Abgeordnetenshauses über die Aufnahme ausländischer Arbeiter zur Beschäftigung in der Landwirthschaft haben wir folgende Entwürfe des Regierungskommissars, Geh. Rath v. Horn. Erworren. In Folge wiederholter Klagen über den in den Provinzen bestehenden Mangel an Arbeitkräften, welche aus landwirthschaftlichen und industriellen Erzeugnissen der Provinzen land geworden waren, wurden Erhebungen über die Ursachen dieser Mängel vorgenommen. Nach diesen Ermittlungen sind die Ursachen hauptsächlich auf die Abwanderung der Arbeiter aus den Provinzen zurückzuführen, was alljährlich vom Frühjahr bis zum Herbst die in den Provinzen heimischen Arbeiter in großer Zahl sich nach dem Westen wenden, um als Lohn-Schlagarbeiter einen lohnenderen Verdienst zu erzielen, während die Arbeiter, die in den Provinzen zu bleiben Stande sind, da die stattdessen Erhebungen angeordnet worden hatten, daß dieser Arbeitermangel erst dann in größerem Umfange sich hinlänglich gemacht hat, als der vollständige Abschluß der Provinzen Landwirthschaft gegen die Provinzen des Westens angeordnet worden war, so ist in Erwägung gezogen worden, ob nicht eine weniger strenge Handhabung der Art Abwanderung der Provinz gerichteten Maßnahmen zulässig und demgemäß werden zu gestalten ist, daß, wie früher, die ausländischen Provinzen beschäftigten einheimischen Arbeiter eintreten und dem Mangel an Arbeitkräften abhelfen. Um festzustellen, inwieweit eine Erleichterung der künftigen Interessen in diesem Sinne vorgegangen werden könne, sind durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 26. November 1890 die Oederkreise beider der beteiligten Provinzen gemäß für die Dauer von drei Jahren ermächtigt worden, unter Berücksichtigung beider Kreise Verhältnisse und Bedürfnisse den Bezug und den Aufwands halt höher und gütlicher Arbeiter zum Zwecke der Beschäftigung in den landwirthschaftlichen und industriellen Zwecken ihres Verwaltungsbezirkes zu gestalten und die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es soll jedoch bei den hierzu zu erlassenden Verfügungen davon abgesehen werden, daß es sich nur um die Zulassung von ländlichen und industriellen Arbeitern handelt, Familien mit Kindern dagegen nur ausnahmsweise, wo besondere Verhältnisse dies notwendig machen, zugelassen werden. Auch soll mit dem Zweck der Beschäftigung nur vom Frühjahr bis zum Herbst bis zum Herbst der Provinz abgewendet zu sein können, hinsichtlich davon geteilt werden, daß die ausländischen Arbeiter in der eine regelmäßige Arbeit ausübenden Jahreszeit ihren Aufenthalt im Lande nicht verlassen.

Naturwissenschaftliche Referate. Im Laufe der diesjährigen Oesterreichischen in Berlin der Bericht mit naturwissenschaftlichen Referaten für Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten in gleicher Weise gemacht werden, wie dies in Ausübung der Provinz vom 1. Januar 1890 mit archäologischen Schulen im vorigen Jahre gehalten ist. Diese naturwissenschaftlichen Referate sollen am Donnerstag den 2. April d. J. Vormittags 11 Uhr im Odeon des hiesigen Reichstagsgebäudes stattfinden. Die Referate sollen am 11. April d. J. gehalten werden. Die Königlich-Preussische Schulverwaltung wird durch Erlaß des Kultusministers vom 10. März 1891 beauftragt worden, die geeigneten Lehrer ihres Verwaltungsbezirkes, welche zur Beschäftigung in dem erwähnten Bureau bestellt sind und dazu fähig verurtheilt zu werden und einzutreten.

Es muß bezüglich der archäologischen Referate und auch für die Abhaltung der naturwissenschaftlichen Referate ein Bescheid nicht beantragt, aber ein in demselben bezugnehmendes in diesem Zweck den Arbeitern im Allgemeinen nicht in Aussicht gestellt. Es kann nur vorbehalten werden, in einzelnen besonders dringenden Fällen für Lehrer an staatlichen höheren

Die Beilegung Windthorfs.

Sonntag, 18. März. Die Beilegung Windthorfs. Der Reichsrath hat heute Nacht um 2 Uhr beschlossen...

Sonntag, 18. März. Beilegung Windthorfs. Der Reichsrath, welcher von einem Ministerrat und ungefähr 60 Mitgliedern...

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgegend.

Der Reichsrath hat heute Nacht um 2 Uhr beschlossen... Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgegend.

Berlin, 4. März 1891. Wilhelm R. v. M. abbat. In den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Wien, 18. März. (Glaubwürdiger Bericht) In Wien...

A. Gieseler. 19. März. (Von Verbanne reichstreuer Berg- und Hüttenleute der Grafisch-Mansfeld.) Die Entwicklung der reichstreuen Sache...

Wien, 18. März. (Der weimarische Landtag) hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage der Staatsregierung...

Neueste Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 19. März. (Fernprednadr. der Hall. Bz.) Das „N. Z.“ erhält aus Bangsar folgendes Privattelegramm...

Wien. Eine Meldung der „Polit. Corr.“ aus dem Balkan konstatirt, daß die Monarchie...

New-York 18. März. Vater Bonavito, ein italienischer Pfarrer...

Wien, 18. März. Bei der heutigen Wahl eines ersten Bürgermeisters an Stelle des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Widetz wurde...

Königsberg i. Pr., 18. März. Der Schiffbrecher ist heute von Pillau hier angekommen...

Wien, 18. März. Die Verhandlungen mit dem österreichisch-ungarischen Eisenrath...

München, 18. März. Der Eisenbahnrath erklärte sich bezüglich der Ermäßigung der Personentaxen...

Wien, 18. März. Gegen den Techniker Stöckl ist nunmehr Anklage erhoben worden...

Wien, 18. März. Uebmorgens findet eine neue Konferenz des Grafen Taaffe mit Pleier statt...

Wien, 18. März. Heute wurde die Schiffsahrt von Tetschen ab in vollem Umfang eröffnet...

Wien, 18. März. Die Untersuchung in Sachen des Massana-Briefes der „Tribuna“...

ausgingen von Cognigni und Biogradi, die vergebens einen Erpressungsversuch gegen den reichen Hofbeamten unternahmen...

London, 18. März. Der englische Dampfer „Mtrato“, von Datum mit 120 000 Riften Petroleum nach Kallutta unterwegs...

Wien, 18. März. Die Centralisation der Kammer beschloß, die ihr vorgelegten Maßgrundstücke einzeln zu prüfen...

Paris, 18. März. Aus Saint Louis (Senegal) melden die Abendblätter, daß der Negerkönig Tebea, ein Bundesgenosse der Franzosen...

Wien, 18. März. Ein Südrussland hat gestern ein großes Unwetter geherrscht, so daß Ueberschwemmungen befürchtet werden...

Wien, 18. März. Die Vorstellung des Königs Alexander bei dem Zaren anläßlich der silbernen Hochzeit des russischen Kaisers...

Wien, 18. März. Bei der heutigen Wahl eines ersten Bürgermeisters an Stelle des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Widetz wurde...

Wien, 18. März. Die Verhandlungen mit dem österreichisch-ungarischen Eisenrath...

München, 18. März. Der Eisenbahnrath erklärte sich bezüglich der Ermäßigung der Personentaxen...

Wien, 18. März. Gegen den Techniker Stöckl ist nunmehr Anklage erhoben worden...

Wien, 18. März. Uebmorgens findet eine neue Konferenz des Grafen Taaffe mit Pleier statt...

Wien, 18. März. Heute wurde die Schiffsahrt von Tetschen ab in vollem Umfang eröffnet...

Wien, 18. März. Die Untersuchung in Sachen des Massana-Briefes der „Tribuna“...

Wien, 18. März. (Glaubwürdiger Bericht) In Wien...

Cardalinen

in allen Fabrikaten, hervorragend großer und schöner Musterauswahl, in nur erprobt tadelloser Qualitäten, empfiehlt zu Fabrik-Preisen.

H. C. Weddy-Poenicke.

Carminen-Preise und abgepaßte einzelne Fenster zu ermäßigten Preisen.

